

# Hilfe vor Ort gefragt

Der Westen reagiert auf die Umstürze in Nordafrika

VON KATRIN MERKEL

Umstürze in Tunesien und Ägypten, blutige Zusammenstöße in Libyen: Nordafrika und die arabischen Länder sind in Aufruhr. Gefragt ist nun auch der Westen: Wir sprachen darüber mit der Europa-Abgeordneten Barbara Lochbihler und der Bundestagsabgeordneten Dagmar Wöhrl.

**NÜRNBERG** – Die Bilder von Verzweifeln, die sich in überfüllten kleinen Booten auf den waghalsigen Weg übers Mittelmeer nach Europa machen, haben viele erschreckt – und lösten unter anderem bei Bundesinnenminister Thomas de Maizière Abwehrbewegungen aus. Barbara Lochbihler, die für die Grünen im Europaparlament sitzt, sieht das differenzierter: „Wenn, wie in Libyen, das Militär auf das eigene Volk schießt, ist man verpflichtet, zu helfen – entweder im Land selbst oder indem man Flüchtlinge aufnimmt.“

Die EU müsse ihren Grenzschutz neu organisieren – aber nicht um den Preis, dass man Flüchtlinge aufs offene Meer zurückdränge. Gefragt seien auch die Staaten im Zentrum und Norden Europas, schließlich „waren die Anrainerstaaten des Mittelmeers in der Vergangenheit oft überfordert“, sagt Lochbihler.

Doch es geht nicht nur um die Flüchtlinge, verbessern müssen sich vor allem die Lebensbedingungen vor Ort. Schließlich sind die Menschen in den betroffenen Ländern auf die Straße gegangen, weil ihnen Perspektiven fehlen. „90 Prozent der 18- bis 29-Jährigen in Ägypten hatten im vergangenen Jahr keine gesicherte Arbeitsstelle“, sagt die Nürnberger Bundestagsabgeordnete Dagmar Wöhrl.

Doch wie gibt man den Menschen eine Zukunft? Darüber sprach Wöhrl

mit dem ägyptischen Botschafter Ramzy Ezzeldin Ramzy. Dieser dankte für die Hilfsfonds, welche die Deutschen aufgelegt haben: einen mit drei Millionen Euro für die Demokratisierung des Landes (etwa, um Parteigründungen zu unterstützen), einen Acht-Millionen-Topf für Bildung und Qualifizierung sowie einen Wirtschaftsfonds mit 20 Millionen Euro.

## „Land trocknet aus“

Doch der ägyptische Botschafter richtete auch eine Bitte an die Deutschen. „In Ägypten gibt es bereits heute viele gut ausgebildete Kräfte“, erklärt Wöhrl. Der Wunsch deshalb: Die Deutschen sollen ägyptischen Ingenieuren die Möglichkeit geben, für drei bis fünf Jahre in die Bundesrepublik zu kommen, um sich dort weiterzuqualifizieren. Anschließend, so der Plan, machen sie sich in Ägypten mit Hilfe eines Darlehens selbstständig. „Denn das große Problem Ägyptens ist die Auswanderung der Fachkräfte. Das Land trocknet aus, weil diese dauerhaft ins Ausland gehen“, erklärt Wöhrl.

Die Europa-Abgeordnete Lochbihler aus dem Allgäu sieht aber auch die EU in der Pflicht: „Wir müssen uns überlegen, wie unser Handel mit diesen Staaten aussieht: Können wir die Konditionen ändern, zu denen ihre Waren nach Deutschland kommen, damit auch die ‚kleinen Leute‘ davon ihren Lebensunterhalt bestreiten können?“ Der Arbeitsmarkt in den Ländern müsse ebenfalls analysiert sowie über Möglichkeiten der legalen Migration nachgedacht werden.

Barbara Lochbihler spricht am heutigen Samstag um 16 Uhr im Grünen Zentrum Nürnberg, Kaiserstraße 17, zum Thema „Wie weiter in Nahost?“.

# Libyen droht die Isolation

Uno-Menschenrechtsrat will Land ausschließen — Marine steht bereit

**GENÈVE** – Libyen soll wegen der staatlichen Gewalt gegen Demonstranten aus dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen ausgeschlossen werden.

Die Empfehlung wurde am Freitag einstimmig von dem Gremium bei einer Sondersitzung beschlossen. Außerdem soll eine internationale Kommission Menschenrechtsverletzungen des Regimes untersuchen. Es ist das erste Mal, dass ein Mitglied in einer Sondersitzung des Rates verurteilt wird. Libyen war erst vor einem Jahr nach einer umstrittenen Abstimmung Mitglied geworden.

Zuvor hatte die diplomatische Vertretung Libyens bei den Vereinten Nationen in Genf Staatschef Muammar al-Gaddafi die Gefolgschaft aufgekündigt und war zurückgetreten. Der libysche Vize-Botschafter bei den Vereinten Nationen sprach von Tausenden Toten bei den Protesten.

Die EU-Mitglieder einigten sich prinzipiell auf ein Sanktionspaket. Geplant sind ein Waffenembargo und ein Lieferverbot für Güter, die zur Repression eingesetzt werden. Die Vermögen der Herrscherfamilie sollen eingefroren, Einreisepässe gegen den Clan verhängt werden.

Der in die Enge getriebene Machthaber Muammar al-Gaddafi ließ in Tripolis auf Demonstranten schießen. Am Abend zeigte er sich erstmals seit



Nichts wie weg: Ägypter, die in Libyen leben und arbeiten, fliehen vor den Kämpfen und versuchen mit ihren Gepäck über die Grenze zu kommen. Foto: afp

Ausbruch der Unruhen öffentlich vor Anhängern. „Wir können jeden Angriff abwehren und das Volk bewaffnen, wenn nötig“, sagte er auf dem Grünen Platz, wo sich bislang Regimegegner versammelt hatten. Sein enger Berater und Cousin Kadhaf el Dam trat aus Protest gegen Gaddafis Verhalten zurück.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wollte am Freitagabend zum dritten Mal innerhalb von vier Tagen zu einem Krisentreffen zusammentreten und über den Schutz der Zivilisten beraten. Auch die Nato

schaltete sich mit einem Sondertreffen ein. Ein unmittelbares militärisches Handeln der Allianz sei nicht geplant, sagten Diplomaten.

Die Deutsche Marine traf mit zwei Fregatten und einem Versorgungsschiff im Mittelmeer ein. Zudem stehen zwei Transall-Maschinen der Bundeswehr auf Malta bereit. Derzeit sitzen noch etwa 150 Deutsche in dem nordafrikanischen Land fest. Der Einsatz diene „ausschließlich dem Zweck, unsere Staatsangehörigen außer Landes zu bringen“, so Außenminister Westerwelle. dpa/dapd

## „Muammar Gaddafi ist ein Verrückter“

Bundesbeauftragter für Menschenrechte hofft auf ein Ende der Diktaturen in Nordafrika

Morde in Libyen, Hinrichtungen im Iran. Das sind die Themen, die Markus Löning beschäftigen. Als Bundesbeauftragter für Menschenrechte braucht der FDP-Politiker einen langen Atem. Er will Länder für mehr Humanität sensibilisieren. Deshalb übt er ausdauernd Kritik. Die aktuellen Entwicklungen in Nordafrika machen ihm große Hoffnung.

Herr Löning, Libyen besetzt derzeit einen Platz im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Ist das nicht ein schlechter Scherz?

**Markus Löning:** Zunächst mal: Wir haben Libyen dafür nicht gewählt. In ihrer regionalen Gruppe Afrika war die Mitgliedschaft dagegen leider unumstritten. Darüber müssen sich die afrikanischen Länder Gedanken machen. Man hätte das Land suspendieren können, aber inzwischen haben sich die libyschen UN-Botschafter ja von Gaddafi losgesagt.

Sie haben Ihr Büro direkt im Auswärtigen Amt. Was können Sie für die deutschen Bürger in Tripolis tun?

**Löning:** Wir sind dabei, all diejenigen auszufliegen, die das Land verlas-

sen wollen. Das ist unser oberstes Gebot. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg.

Und wie steht es um die libyschen Flüchtlinge? Italien fürchtet sich vor einem Ansturm.

**Löning:** Wir sollten keine Panik machen, solange noch nichts passiert ist. Bislang ist die Zahl der Flüchtlinge überschaubar. Klar ist aber: Es handelt sich hier nicht um die italienische Grenze, sondern die Grenze der EU. Wir können da keinen hängen lassen, weder Italien noch Griechenland. Auch wenn wir nicht alle aufnehmen können. Eigentlich müssen wir versuchen, dass der Strom gar nicht erst beginnt.

Was können Sie auch aus Sicht des Menschenrechtsbeauftragten tun?

**Löning:** Wir können Ländern wie Ägypten beispielsweise bei ihrer Entwicklung helfen, wenn notwendig auch mit viel Geld. Schwieriger



Der Bundesbeauftragte für Menschenrechte Markus Löning. Foto: Daut

ist die Situation in Libyen. Gaddafi ist ein Verrückter. Trotzdem wäre eine militärische Intervention der ganz falsche Weg. Die Verantwortung und die Entwicklung zur

Demokratie muss aus dem Volk kommen.

Sie üben konstant Kritik an den Umständen in solchen Ländern, trotzdem scheinen Ihnen die Hände weitgehend gebunden. Welches Gewicht, glauben Sie, haben ihre Aussagen?

**Löning:** Wir können sicher Einfluss nehmen. Indem wir den Diplomaten aus den jeweiligen Ländern sagen: Distanziert euch. Indem wir engen Kontakt zu afrikanischen Ländern in der Umgebung pflegen. Sicher auch, indem wir Flüchtlinge aufnehmen, Studenten beispielsweise. Wir bieten ihnen Ausbildung, die ihrem Land später helfen kann.

Klingt als benötigen Sie in Ihrer Position eine gute Portion Hoffnung.

**Löning:** Wäre ich kein Optimist, wäre ich falsch an dieser Stelle. Wichtig ist: Auch wenn wir es nur schaffen, einzelnen Menschen zu helfen, darf man diesen Erfolg nicht unter-

schätzen. Ein Beispiel wie Ägypten zeigt, dass die Bevölkerung in solchen Ländern bereit ist, sich von ihren Diktaturen zu lösen. Die Leute wollen und fordern ihre Freiheit. Das ist ein gutes Gefühl.

Kann sich die Entwicklung in Nordafrika auf eines der größten Problemländer in Sachen Menschenrechte, den Iran, positiv auswirken?

**Löning:** Ich habe ganz große Hoffnung, dass es das tut. Die Lage dort ist grausam, seit Jahresbeginn wurden mehr als 50 Menschen hingerichtet. Der Iran steht nun unter Druck. Die letzten deutschen Firmen sind dort auf dem Rückzug. Vielleicht kann die zunehmende Isolation dabei helfen.

Auch in Nürnberg sind Menschenrechte immer ein großes Thema.

**Löning:** Und die Stadt ist in diesem Punkt ein vorbildliches Beispiel. Die Arbeit für Menschlichkeit ist enorm. Das Memorium in Verbindung mit der Nürnberger Akademie hat mich besonders beeindruckt. Was das Menschenrechtsbüro leistet, geht über das normale Maß hinaus. Nürnberg setzt hier ein Zeichen.

Interview: TIMO SCHICKLER



## GLEITSICHTBRILLE ZUM NULLTARIF\*

\*Die Nulltarif-Versicherung von Fielmann und der HanseMercur. € 50,- Prämie pro Jahr. Topmodische Gleitsichtbrille sofort. Alle zwei Jahre eine neue.

Mit Zufriedenheitsgarantie. Sonst Umtausch oder Geld zurück. Jahresprämie für eine Einstärkenbrille: € 10,-. Jederzeit Ersatz bei Bruch, Beschädigung und Sehstärkenveränderung.

Brille: Fielmann.